

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 166 (2000)

Heft: 3

Artikel: Aktuelle Bedrohungslage der Schweiz

Autor: Stadler-Planzer, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-66564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Bedrohungslage der Schweiz

Vor 200 Jahren hatte die Eidgenossenschaft einen schlechten Zusammenhalt. Konfessionelle Gegensätze zwischen den Ständen und Untertanengebieten lasteten über unserem Land. Die Landesverteidigung war schwerfällig.

Das Land musste dies büßen: 1798 von den Franzosen besiegt und besetzt. Helvetien war noch gut genug, als Kriegsschauplatz zu dienen.

Was hat das mit der Gegenwart zu tun? Leben wir doch zwei Jahrhunderte später. Allein, sind die Lehren von damals nicht heute noch beherzigenswert? Eine geschichtliche Situation wird sich zwar nicht wiederholen, aber sie vermag Grundstrukturen aufzudecken, welche als Konstanten die Epochen überdauern. Das Besondere der Bedrohungslage von 1798 war ihre Zweipoligkeit. Die alte Eidgenossenschaft zerbrach gleichzeitig im Innern und durch den militärischen Angriff von aussen. Zur Betrachtung der aktuellen Bedrohungslage schreitend, ist das Augenmerk auf die innenpolitische Verfassung wie auf die globale Situation zu richten.

150-jährige Entwicklung zum homogenen Staat

Die Schweiz ist seit 150 Jahren zu einem homogenen Staat zusammengewachsen. Die innere Zerrissenheit von 1798 ist verschwunden. Wachsamkeit ist aber dennoch am Platze. Es ist nicht ganz harmlos und teils fast gedankenlos, wie die schweizerische Identität untergraben wird. Die Problematik von Zentrum und Peripherie wird akuter. Der föderative Staatsaufbau wird offen in Frage gestellt. Mit leichtem Wort wird eine Diskussion über die Zusammenlegung von Kantonen inszeniert. Werden da nicht Wurzeln der Identität ausgerissen und Werte zum Alteisen geworfen, für welche es kaum einen ebenbürtigen Ersatz gibt? Können wir uns dies leisten? Die Subsidiarität ist ein politischer und ethischer Grundsatz, welcher in seiner Verwirklichung identitätsstiftend und dem Menschen angemessen ist. Sie lässt alle den Staat und seine Aufgabe als Pflicht und auch als Chance erkennen und erleben. Tatsächliche und gefühlsmässige Dazugehörigkeit aber ist eine Voraussetzung für die Zusammenghörigkeit eines Volkes.

Dazugehörigkeit wächst nicht nur aus der staatsrechtlichen Verfassung. Fast gleich wichtig ist die gesellschaftliche Integration der Menschen. Heute ist die wirtschaftliche Integration aller besonders bedroht. Arbeitslosigkeit mit all ihren problematischen menschlichen Aspekten und Folgen droht als systemkonform akzeptiert zu werden. Darin liegt eine Gefahr für die gesellschaftliche Zusammenghörigkeit. Vollbeschäfti-

gung muss ein Ziel des volkswirtschaftlichen Handelns bleiben. Weil unsere Wirtschaft in manchen Branchen vor allem exportorientiert ist, würde ein isolationistischer Weg diesem Postulat widersprechen. Daraus entsteht das Paradoxon von subsidiärem, demokratischem Staatsaufbau nach innen und wirtschaftlicher Integration nach aussen, dem wir nicht entgehen können und welches wir gedanklich und politisch bewältigen müssen. Wie erfolgreich wir diese Aufgabe lösen, ist bestimmd für die Zukunft der Schweiz, auch in sicherheitspolitischer Hinsicht.

Nationalismus versus Staatengemeinschaft

Die militärische Bedrohung von aussen lässt sich kaum mehr vergleichen mit jener von 1798. Der Nationalismus scheint in Westeuropa überholt zu sein. Doch fehlt es nicht an lokalen Konflikten, welche meistens auch Auswirkungen, z. B. in Form von Flüchtlingsströmen, auf die Schweiz haben. Wie verwoben mit der Weltpolitik derartige Feuerbrände sein können, beweist der Krieg in Serbien-Kosovo. Solche Phänomene mahnen zur Vorsicht, da sie einem Fenster gleichen, das den Blick freigibt in die alten Konfliktstrukturen «Ost-West». Bedrohlich erscheint auch die Situation im Nahen Osten, wo eine friedliche Lösung des Zusammenlebens zwischen Israeli und Arabern noch lange nicht gefunden ist. Charakteristisch ist heute aber das Zusammengewachsen der internationalen Staatengemeinschaft und die für die Schweiz damit verbundene Gefahr, isoliert zu werden. Die Friedenssicherung und -erhaltung geschieht zwar nicht überall, aber doch an sehr vielen Orten durch die Staatengemeinschaft.

Das internationale Bedrohungsbild hat sich geändert. Die Schweiz ist daran, ihre Mittel zur Friedenssicherung zu überdenken und zu ergänzen. Dabei spielen die Aussenhandelsbeziehungen sowie die humanitären Hilfsorganisationen, vor allem das Rote Kreuz, die wichtigste Rolle. Eine grössere Solidarität mit der UNO ist überfällig. Die Schweiz sollte auch ernsthaft prüfen, ob sie militärische Aktionen zur Sicherung des Friedens in Konfliktgebieten nicht mittragen müsste, selbstverständlich im Rahmen der zustehenden Möglichkeiten. Neutralitätspolitische Vorbehalte sind ernsthaft zu prüfen, auch im Lichte der völkerrechtlichen Praxis.

Plädoyer für die Milizarmee

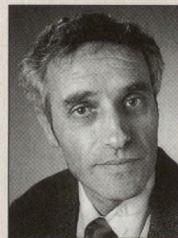
Welche Armee braucht die Schweiz im heutigen Umfeld von Politik und Bedrohungslage für Friedenssicherung und Landesverteidigung? Die Schweizer Armee soll eine Milizarmee bleiben. Die allgemeine Wehrpflicht ist fortzuführen. Sie bestimmt deshalb auch die Grösse der Armee wesentlich mit. Die Verkleinerung der Bestände darf sich nicht ausschliesslich nach finanziellen Zielsetzungen ausrichten. Der Armee sind Aufgaben und entsprechende Mittel zuzuweisen, welche aktuell, der Lage angemessen, miliztauglich und finanziert sind. Dazu zählt auch die Hilfe bei UNO-Aktionen in Konfliktgebieten. Bewährtes soll nicht allzu rasch beiseite geschoben werden.

Die schweizerische Sicherheitspolitik hat der Bedrohung durch Identitätsverlust und Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Der bundesstaatliche Aufbau, die Meinungs- und Willensbildung auf den Grundpfeilern der Demokratie sowie die Vollbeschäftigung sind notwendige Mittel dafür. Die Armee ist unter Fortführung der allgemeinen Wehrpflicht weiter als Milizarmee zu gestalten. In Solidarität mit der internationalen Staatengemeinschaft steht sie im Rahmen der Möglichkeiten eines neutralen Kleinstaates für friedenssichernde und -erhaltende Massnahmen in Konfliktgebieten zur Verfügung.

Bemerkung der Redaktion:

Dieser Beitrag ist in der Nr. 34 des Bulletins der OG Uri erschienen. Herr Stadler-Planzer stellt zu Recht fest, dass die Milizarmee immer noch aktuell ist. Die heute anstehenden Aufgaben – Bewachung von Botschaften, Flüchtlingsbetreuung, Bewältigung der Lawinen- und Hochwasserschäden – erfordern zahlenmäßig eine grosse Wehrpflichtarmee. Des Weiteren ist, wie gerade ausländische Beispiele beweisen, nicht die Milizarmee der Berufsarmee gegenüberzustellen, sondern dem Faktum Wehrpflicht – keine Armee. Alle europäischen Staaten, die das System Berufsarmee neu gewählt haben, befinden sich in einem Abrüstungsprozess.

A. St. ■



**Dr. Hans Stadler-Planzer,
Freiherrenstrasse 20,
6468 Attinghausen.**